



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Beibehaltung des Verfahrens zur Verhinderung von missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen

Aktuell seit 30.06.2026 14:00:31

Angegeben von:

Deutscher Caritasverband e. V. (R000896) am 09.12.2025

Beschreibung:

Beibehaltung des geltenden Verfahrens, in dem erst bei konkreten Anhaltspunkten geprüft wird, ob ggf. eine missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung gegeben ist. Kommt es zu dem nun vorgesehenen Verfahren allein auf Grund eines „schwachen“ ausländerrechtlichen Status bei einem Elternteil, müssen wenigstens weitere Optionen geschaffen werden, um eine wirksame vorgeburtliche Anerkennung zu ermöglichen. Die Frist den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit des Kindes darf nicht länger sein als bei anderen Verlustgründen.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 27.10.2025

1. Federführendes Ministerium: BMI [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (6)

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Familienpolitik [alle RV hierzu]

Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Integration [alle RV hierzu]

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (4)

[AufenthG 2004 \[alle RV hierzu\]](#)

[BGB \[alle RV hierzu\]](#)

[RuStAG \[alle RV hierzu\]](#)

[PStG \[alle RV hierzu\]](#)

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. [SG2512090032](#) (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)